

Krafer Zeitung.

Nr. 178.

Dinstag den 7. August

1866.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., refv. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Gebühre für Inserationen im Ausblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Nkr., im Anzeigblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Verordnungen und Gebühre übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoucen übernehme die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 31. Juli d. J. den Präses des Kreisgerichts in Stamsau Dr. Joseph Edler v. Schenk zum Landesgerichtspräsidenten in Gernowig allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Justizminister hat die beim Krafer Oberlandesgerichte erledigte Stelle des Oberstaatsanwaltsstellvertreters dem Krafer Staatsanwaltsadjunkten Anton Brandt verliehen und den Gerichtsadjunkten Carl Haydener zum Staatsanwaltsadjunkten ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat im Einvernehmen mit der croatisch-slovenischen Hofkanzlei die Wahl des k. k. Hofrathes zum Präsidenten und des Johann Gotta zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Summe befragt.

Kundmachung.

Am 31. Juli 1866 haben sich nach den bei der priv. österr. Nationalbank geführten und der Prüfung unterworfenen Vorkennungen an zu Staatsnoten erklärten Ein- und Fünf-Gulden-Banknoten im Umlaufe befunden:

zu Einem Gulden 65,782,996 Stück, d. i. 65,782,996 fl.
zu Fünf Gulden 15,030,465 Stück, d. i. 75,152,325 fl.
Zusammen . . . 80,813,461 Stück, d. i. 140,935,321 fl.

Wien, den 2. August 1866.
Von der Commission zur Controle der Staatsschuld.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 7. August.

Die Befragung, es könne, da die Friedensverhandlungen erst „in einigen Tagen beginnen“, der Abschluss des definitiven Friedens mit Preußen sich in die Länge ziehen, ist nach der „C. Ost. Z.“ ungegründet. Den Friedensverhandlungen, schreibt dieselbe, sind bereits ratifizierte Friedenspräliminarien vorausgegangen und diese haben alle wesentlichen Punkte eingehend und erschöpfend erledigt. Was noch zu thun übrig bleibt, um das eigentliche Friedensinstrument zu redigieren, wird demnach in kürzester Frist herbeiführen können. Einige Fragen finanzieller und administrativer Natur aber, die entweder (die erstere) aus der Auflösung des bisherigen Bundes sich ergeben, oder (die letztere) im Interesse der beiderseitigen Conventienz eine anderweitige Regelung wünschenswerth machen, werden obneben einer späteren und theilweise nicht bloß zwischen Oesterreich und Preußen zu führenden Verhandlung vorbehalten bleiben müssen.

Die preußische ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ veröffentlicht die zwischen Oesterreich und Preußen vereinbarten Friedenspräliminarien, wie folgt: Oesterreich tritt Venetien und den Mittheil von Schleswig-Holstein ab. Sachsen behält sein territoriale Integrität vorbehaltlich weiterer Cassidatungen über seine Stellung in dem Nordbunde. Oesterreich zahlt an Preußen 40 Millionen Thaler, von welchen 20 Millionen als Kriegskosten und Kosten der Occupation in Schleswig-Holstein in Abrechnung kommen werden. Böhmen und Mähren bleiben bis zur Zahlung der 20 Millionen besetzt. Oesterreich zieht sich aus der Union mit den deutschen Staaten ganzlich zurück und erkennt die Bildung eines engeren Bundes der Nordstaaten unter der Leitung Preußens an. Die Vereinigung der Südstaaten und die Regelung ihrer Beziehungen zu den Nordstaaten bleibt den freien Einvernehmen dieser Staaten vorbehalten. Oesterreich erkennt die Besitzänderungen, welche in Nord-Deutschland vorzunehmen sein werden, an. Es handelt sich hiebei um die Maßnahme, welche Preußen bezüglich Hannovers, Kurheßens, eines Theils von Hessen-Darmstadt, Nassaus und Frankfurt ergreifen wird. Kraft des Kriegesrechtes ist der König von Preußen ermächtigt, diese Länder zu behalten, ohne mit ihren früheren Besitzern unterhandeln zu müssen. Die Wiedereinsetzung eines der letzteren wäre ein Gnadenact der Krone Preußens; jedoch würde die Wiedereinsetzung einiger derselben von den Bevölkerungen wahrscheinlich mit Kummer betrachtet werden und hätte bedauerliche politische Folgen. Es ist demnach zu wünschen und zu vermuthen, daß diese Länder mit Preußen vereinigt bleiben werden. Diese Angaben sind in den Friedenspräliminarien nicht enthalten, welche Preußen in dieser Beziehung freie Hand lassen und festlegen, daß Oesterreich das anerkennt, was Preußen thun wird.

Ferner bringt die „Provinzial-Correspondenz“ einen höchst devoten Artikel, in welchem Frankreich so erprießliche und ungenüßige Vermittelung gepriesen wird. In der wichtigen Stellung, die der Kaiser bei der Verhandlung einnahm, habe er für Frankreich und sich selbst nichts angestrebt, als die Ehre und den Ruhm, seine Autorität zu Gunsten eines billigen Friedens geltend zu machen. Es war ihm gestattet, an der Vollendung des großen Werkes, wel-

ches er unternommen, an der Herstellung eines einigen und freien Italiens mitzuwirken. In demselben Geiste, welcher ihn dieses Werk schaffen ließ, hat er bereitwillig Preußen die Hand geboten, um gesicherte Grundlagen eines „geeinigten Deutschlands“ aufzustellen. Wenn die „Prov.-Corr.“ von einem geeinigten Deutschland spricht, so hat sie einen Artikel des preuß. Staatsanzeigers über die Friedenspräliminarien im Auge, worin gesagt wird, das nationale Band zwischen Nord- und Süd-Deutschland sei nicht durch die Main-Linie zerstückt. Wir haben diesen Artikel im tel. Auszuge gebracht, aber dieser Beisatz hat in dem uns zugekommenen Telegramm gefehlt.

Ueber das erfolgreiche Eingreifen Napoleons beim Abschluß der Friedenspräliminarien bringt der Pariser „Times“ Correspondent die folgende Version: Es war eine energische Note des Kaisers nach dem preußischen Hauptquartier vornehmlich, bevor Preußen seine Zustimmung gab. Worauf der König am hartnäckigsten bestand, war eine von Oesterreich zu zahlende Kriegsschädigung, und zwar eine so ungeheure, daß Oesterreich bei seinen zerrütteten Finanzen sie schlechterdings nicht hätte leisten können. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat der Kaiser der Franzosen der preußischen Regierung zu verstehen gegeben, daß seine und Europa's Geduld nahezu erschöpft sei durch die ungemessenen Forderungen Preußens, deren Zweck in der Verbindung eines jedweden friedlichen Uebereinkommens zu bestehen scheint, und daß, wofern Preußen auf ihnen bestehendes Frankreichs Aufgabe sein würde zu erörtern was es selber hinfort für eine Haltung einnehmen müsse. Ein zweites, nicht weniger bedeutsam und freundlich gelagertes Telegramm wurde gleichzeitig, oder doch beinahe zur selben Zeit ins Hauptquartier der italienischen Armee befördert.

Der Nikolsburger Friede, schreibt man der „A. Z.“ aus Paris, wird keiner europäischen Conferenzen und keines Congresses zu seiner Ratification bedürfen. Das Oesterreichencabinet selbst will seine Verantwortung dabei nicht einbringen. Es wird die Contingenz jenes Friedens in besondere Erwägung zu ziehen und sich hierüber äußern. Gewiß ist es, daß dem König von Hannover fall kein Land bleibt, auch Hohen-Darmstadt die Provinz Ober-Elben mit 400,000 Seelen an Preußen abtreten muß, daß Meiningen und auch Frankfurt annuzirt werden sollen. Zu den Oesterreichern scheint man an das Zustandekommen und die Dauer eines süddeutschen Bundes zu glauben. Es mag wieder ein Jahr erforderlich sein, um den zweiten Act des Complots in Scene zu legen. Aber wir werden ihn erleben diesen zweiten Act. Graf Bismarck kennt wohl die Abrechnungs-Ideen Frankreichs, und er sucht wohl Zeit zu gewinnen, indem er den militärisch-diplomatischen Uebergang über den Main nicht überreilt. In diesem Sinne fordert der preußische „Staatsanzeiger“ den Nationalverein auf, vorerst sich um Süd-Deutschland nicht zu kümmern. Die Herstellung des preußischen Kaiserthums ohne Vergütung Frankreichs, das seine Nationalität noch in Belgien und in der Schweiz zu ergänzen hat, würde von der französischen Nation als in diplomatisches Waterloo empfunden werden. Es besteht hierüber nur eine Meinung. Der Kaiser scheint nicht der Mann zu sein, die ideale Unmöglichkeit so weit zu treiben. Der in London gedruckte und in Paris von ministeriellen Federn geschriebene „International“ ladet den Grafen Bismarck bereits ein, sich nicht an England und Rußland anzukleifen, sondern auch noch den letzten Nuth zu haben, Belgien an Frankreich zu überlassen. Herr Benedetti, welcher in der Vorbereitung der Ereignisse eine Hauptrolle gespielt hat, soll zu einem noch höheren Posten berufen werden, damit er die französisch-preußische Allianz auch in jener Richtung ausbaue. Es besteht auf beiden Seiten der beste Wille noch länger und weiter mit einander zu gehen. Die Ereignisse werden einen noch ausgedehnteren Spielraum gewinnen. Damit beginnen die politischen Kreise sich zu beruhigen, welche für die Politik der obligaten Uneigennützigkeit kein Verständnis besitzen.

In einem aus London an die officöse Correspondenz „Havas“ gerichteten Briefe heißt es: Die russische Regierung besteht darauf, daß der nördliche Theil Schleswigs mit Einschluß der Insel Alsen, die jetzt von den Preußen besetzt wird, an Dänemark zurückgegeben werde. Letzteres hat die guten Dienste Rußlands angenommen, und das Cabinet von St. Petersburg hält es gegenwärtig für seine Pflicht, die dänischen Interessen in Schutz zu nehmen. Der Waffenstillstandsvertrag zwischen Oesterreich, Preußen, dem am 28. v. M. in Nikolsburg unterzeichnet wurde, enthält nach der „Bayerischen Zeitung“ nur einer reinen Waffenstillstand ohne alle Friedens-Präliminarien, präjudi-

cirt also dem Friedensabschluß in keiner Weise. Dies zu erreichen, schreibt das amtliche Blatt, war gerade die Hauptschwierigkeit der Verhandlungen. Preußen wollte nämlich den Waffenstillstand nur gewähren, wenn zugleich einige Friedens-Präliminarien, namentlich Kriegskosten-Entschädigung und Gebietsabtretung, im Princip festgesetzt würden. Diese Forderung zu befriedigen, ist gelungen, und es bleiben diese Fragen den Friedens-Unterhandlungen vorbehalten. Die Uebereinkunft vom 28. v. M. enthält daher nur drei Artikel. In diesen ist ein dreiwöchentlicher Waffenstillstand vom 2. August an festgesetzt. Die Demarcations-Linie soll von den beiderseitigen Oberbefehlshabern geregelt werden. Es ist festgesetzt, daß den Regierungen von Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen derselbe Waffenstillstand gewährt wird, sobald sie sich deshalb an den Commandirenden der preußischen Main-Armee wenden. Der Waffenstillstand ist also materiell auch für diese Staaten verabredet worden, konnte jedoch formell für sie durch den bayerischen Minister nicht abgeschlossen werden, weil er ohne Vollmacht dieser Regierungen war. Die Friedensverhandlungen mit Baiern, Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen sollen demnach in Berlin stattfinden.

Wenn die „Bayerische Ztg.“ hervorhebt, daß erst nach erfolgter Ratification des österreichisch-preußischen Vertrags, an dessen Verhandlungen und Abschluß der bayerische Minister keinerlei Theil hatte, die Unterzeichnung der Waffenstillstands-Convention zwischen Baiern und Preußen erfolgte, so bemerken wir, daß Oesterreich allerdings die Ausdehnung des Waffenstillstands auf die Südstaaten bestärkt, aber bei der gleich Null zu agierenden Convention derselben auch keine besondere Veranlassung hatte, bei der Weigerung Preußens auf seinem Beharren zu bestehen. Sachsens Integrität ist in dem österreichisch-preußischen Vertrag vollständig gewahrt. Wenn Baiern genöthigt sein wird, seinen Landesstrichen jenseits des Main und Rhein-Baars zu sagen, dann hat es dies nur sich selbst und seiner Haltung zuzuschreiben.

Baiern heißt es, und seinen Frieden mit Preußen mit einer Gebietsabtretung einkaufen müssen. Baiern soll ein Territorium mit 100,000 Seelen an das Großherzogthum Hessen abtreten. Ob Baiern eine und welche Entschädigung erhalten soll, ist nicht bekannt.

Man erzählt sich — und die „Times“ bestätigt dies theilweise — Herr v. d. Pfordten habe im preußischen Hauptquartier einen vollen Tag warten müssen, bis es Herr v. Bismarck beliebte, ihn vorzulassen; Letzterer habe sich sehr verwundert gestellt, Herr v. d. Pfordten im preußischen Hauptquartier zu sehen, und als Herr v. d. Pfordten, ein preußischer Officier habe ihn eingeladen, sich erinnern demerkt: „Ja, ja, richtig, der Officier ist deswegen auch bereits verabschiedet.“

Die Besetzung betriffs zwangsweiser Zahlung einer Kriegescontribution von 25 Millionen Gulden durch die Stadt Frankfurt, schreibt die preuß. ministerielle „Prov.-Corr.“, ist provisorisch aufgehoben worden. Was die schließliche Entscheidung der Regierung anbelangt, so wird in Betracht gezogen, daß Frankfurt wahrscheinlich Preußen einverleibt werden wird.

Preußen hatte, wie berichtet, den Bundesreform-Entwurf vom 10. Juni der niederländischen Regierung wegen Luxemburgs mitgetheilt. Diese verwies auf das luxemburgische Staatsministerium, das sich auf dessen bis in die letzten Tage nicht über die ihm antgetheilte preußische Bundes-Reform äußert haben soll.

Die preußische Truppen haben, wie erwähnt, trotz der Waffenruhe Nürnberg besetzt. Die „N. fr. Pr.“ ist der Ansicht, daß dies in Folge eines von Baiern gemachten geheimen Zugeständnisses erfolgt sei. Die „N. A. Ztg.“ weist allerdings mit sittlicher Entrüstung die „gehäßige Insinuation“ zurück, daß Preußen absichtlich eine Demarcations-Linie verlege, da es „stets mit Ehrenhaftigkeit Krieg führe“. Wenn die „N. fr. Pr.“ ihre Ansicht nur auf dieses Argument stützt, dann steht ihre Beweisführung auf schwachen Füßen. Die sittliche Entrüstung der „N. A. Z.“ scheint sich übrigens noch auf die früheren Fälle zu beziehen.

Mit der Besetzung Würzburgs durch preußische Truppen trotz der Waffenruhe scheint es nachstehende Bewandnis zu haben. General Manneßfeld hat die am 29. v. M. mit dem Feldmarschall Prinzen Carl abgeschlossene Waffenruhe nach der „A. Z.“ wieder gekündigt und bedroht, wenn ihm nach Ablauf von 24 Stunden nicht die Stadt Würzburg recht-

des Mains, deren Besetzung ihm für die Verpflegung seiner Truppen unentbehrlich sei, überlassen werde, das Feuer auf dieselbe wieder eröffnen zu wollen. Auf die Festung Marienburg machte er keinen Anspruch. Gehe man auf die Besetzung der Stadt feinerseits ein, so gebe er die Besatzung keine Contribution derselben auferlegen und das Staats- und Privateigenthum respectiren zu wollen. Wie man sieht, sind das die Bedingungen, deren das gestern eingetroffene Telegramm Erwähnung thut. Als Nova der in demselben gemeldeten preußisch-bayerischen Convention erscheinen nur die Abmachungen, daß die Baiern außer der Festung auch die Vorstädte besetzt halten und daß die Verpflegung der preussischen Truppen nur gegen billige Entschädigung zu leisten ist.

Aus Würzburg geht dem „N. A.“ über die Verwundung des Prinzen Ludwig folgende Mittheilung zu: Es war eben ein sehr kritischer Moment, die Preußen stürmten mit aller Wucht, einen Kugelregen vor sich herschickend, gegen einige bayerische Bataillone an, die, an und zum Theil in einem Wäldchen postirt, den äußersten linken Flügel der bayerischen Aufstellung bildeten. Die Truppen geriethen durch das heftige Kleingewehrfeuer des Heides — das übrigens, wie sich später ergab, im Ganzen doch nicht viel Schaden that — allmählig ins Wanken, und es bekam den Anschein, daß sie die Position nicht mehr halten könnten. Prinz Ludwig, der dort commandirte, ritt mit dem Prinzen Ludwig, die Gefahr nicht achtend, mitten unter die Soldaten und ermahnte sie, sich des bayerischen Namens würdig zu setzen, Stand zu halten und den Angriff abzuwehren. Seine Worte wirkten, die Truppen bezuhten ihn mit Hurrah und gingen mit frischem Muth vor. Hier war es, wo Prinz Ludwig den Schuß in den Ober-Schenkel erhielt, in unmittelbarer Nähe seines Vaters. Da weder ein Ambulanzwagen, noch sonst welche Vorrichtung im Augenblick zur Hand war, so nahmen zwei Soldaten den Verwundeten auf ihre gekreuzten Gewehre und trugen ihn zum nächsten Ort, Waldbrunn, wo es gelang, einen Bauernwagen aufzutreiben und mit Stroh ein nothdürftiges Lager dem Prinzen zu bereiten. So ging es nun fünf Stunden fort auf diesem Fuhrwerk, das gar nicht geeignet war, die durch die heftige Stöße verursachten Schö: zu mindern. Unterwegs begegneten sie Ambulanzen voll Verwundeter. Ein Officier wollte dem Prinzen Platz schaffen, dieser nahm es nicht an und ließ sich vollends hier herinfahren in den „russischen Vor“. So lange der Prinz hier war (bis zum 27.), wurde er von Professor Eberhard (einem gebornen Bienen) behandelt, die Kugel konnte aber nicht gesund werden.

Ueber das Gefecht des 4. bayerischen Bataillons des Leibregiments bei Seybotteneuth verläutet, daß die Truppen sich, trotz der Ueberzahl des Gegners, mit größter Tapferkeit geschlagen haben. Der Gesamtverlust betrug sich, einschließlich der Verwundenen, auf 200 Mann. Nach weiterer Mittheilung soll der den Medicinburgern entgegengegangene Parlamentar Oberlieutenant Roth sammt dem Extrazug, der ihn beförderte hatte, und ebenso Generaladjutantmann Philipp Schanzenbach, der von dem Commandanten des 4. Bataillons des Leibregiments als Parlamentar zu dem Großherzog von Mecklenburg von Weiden nach Bayreuth geschickt wurde, dasebst gefangen genommen sein.

Aus dem Hauptquartier der württembergischen Felddivision wird unterm 30. v. berichtet, daß dasselbe nach Gnodstadt bei Marktbreit, somit in südöstlicher Richtung, verlegt wurde.

Die amtliche „Carlsruher Ztg.“ bringt an der Spitze ihres nichtamtlichen Theiles folgendes Telegramm aus Kitzingen, 30. Juli (die gesperrten Worte sind auch in der „A. Z.“ gesperrt gedruckt): Die badische Division ist auf dem Marsch nach Haus und gedenkt heute Abends auf badischem Gebiet zu sein. Unter den Truppen allgemeine Freude über die Rückkehr. Der Marsch geht über Grünsfeld. Am 30. Abends befand sich das ganze badische Armeecorps schon auf badischem Boden bei Gerlachshausen.)

Der „Kreuzzeitg.“ schreibt man in einem Briefe vdo. Baden 23. Juli: Auch hier wird's immer freigerischer. Die Bundesstruppen rückten vor den Preußen immer mehr nach Süden. Donnerstag war das Hauptquartier der Bundesarmee in Eischhofheim an der Tauber. Alles Volk beeilte sich daher mit Wagen und Pferden dahin zu reisen, um ein solches Hauptquartier mit den vielen Soldaten zu sehen; offene Einsicht in Lager ic. stand nämlich Jedem frei; auch ich bin gestern hingereist, um mir die Sache anzusehen, und womöglich einen Vergleich zu ziehen zwischen bündestrupplicher und preussischer Kriegsführung. Der Eindruck, welchen ich dort von Gesehenem und Gehörtem empfing, war ein doppelter. Theils meinte

